

Norddeutsche Arbeiterstimme

Beilage der Arbeiterpolitik für das Salzgittergebiet - April 1959

Stürmische Wahl der Ortsverwaltung Metall

Unqualifizierbare Machenschaften der SPD-Betriebsgruppe abgewiesen

Der konstituierenden Vertreterversammlung am 21. März 1959 im Gästehaus lag ein gedruckter Geschäftsbericht für die Periode 1957/58 vor. Der 1. Bevollmächtigte, Koll. Busch, hob in seinem Geschäftsbericht nur einige Punkte besonders hervor, die zeigen, daß in der Verwaltungsstelle Salzgitter eine gewerkschaftliche Aktivität herrscht, ohne welche die erzielten Erfolge gar nicht möglich gewesen wären. Allein die Tatsache, daß zur Delegiertenwahl im Januar 1959 von 14 358 wahlberechtigten Mitgliedern 77,1%, nämlich 11 069, ihr Wahlrecht ausübten, zeigt das Interesse der Metallarbeiter an ihrer Organisation.

Nach abgerechneten Mitgliedern ist der Mitgliederstand in den letzten zwei Jahren von 12 632 auf 15 517 gestiegen — beinahe um ein Viertel! Der prozentuale Anteil der Organisierten an den in der Metallindustrie Beschäftigten stieg von 80 auf 85%!

Der Durchschnittsbeitrag stieg in derselben Zeit von DM 1.53 auf DM 1.96. In der Zahlstelle Hütte, die zirka 60% der Gesamtmitgliedschaft

stellt, beträgt der Beitragsdurchschnitt DM 2.08! Damit steht Salzgitter in Niedersachsen an erster und in dem ganzen Bundesgebiet an dritter Stelle im Beitragsaufkommen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß mit Ausnahme der SMG die Beiträge nicht übers Lohnbüro in Abzug gebracht werden, sondern von Betriebs- und Ortskassierern eingebracht werden.

Für diese stolze Bilanz zeichnen in erster Linie die 875 Vertrauensleute und Unterkassierer verantwortlich. Nur durch ihre unermüdete und zum Teil sehr schwierige Kleinarbeit konnte ein solches Resultat erreicht werden. Außer dieser Kleinarbeit haben sie ihre Freizeit geopfert und in Abendlehrgängen sowie durch Verzicht auf Ruhetage sich der gewerkschaftlichen Schulung unterzogen. Für die Vertrauensleute der Hütte fanden im Käthe-Kollwitz-Haus in Rieseberg dreitägige Schulungen statt.

Auf dem Gebiet der Frauenarbeit ging es auch aufwärts. Der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft stieg von 931 auf 1221. Es fanden 9 Frauenveranstaltungen, zum Teil mit Unterhaltungsprogramm, statt, die außerordentlich gut besucht waren.

Auf dem Sektor der Angestelltenarbeit sind erfreulicherweise nicht unbeträchtliche Erfolge zu verzeichnen. Der Anteil der Angestellten an der Gesamtmitgliedschaft stieg von 1813 auf 2347 oder von 12,1 auf 15,1 Prozent. Ein Prozentsatz, der weit über dem des Bundesgebietes liegt.

Bei der Beurteilung der Angestelltenarbeit sollte man die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozial-

versicherung nicht unerwähnt lassen (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte). Bei den Wahlen im Jahre 1958 konnte der DGB seine Stimmzahl gegenüber 1953 verdoppeln und damit die DAG überflügeln. Im Gesamtbereich Salzgitter hatte der DGB zwar die höchste Stimmzahl, die anderen Angestelltengewerkschaften zusammen allerdings 200 Stimmen mehr. Im Stimmbezirk der Betriebskrankenkasse erhielt die Liste des DGB 1504, während alle anderen zusammen nur 950 Stimmen erhielten. Dieser Erfolg ist ausschließlich der Arbeit der Angestellten der IG Metall zu verdanken.

Der Versichertenälteste, Koll. Záhres, wurde mit 2071 Stimmen als Kandidat des DGB gewählt. Diese Wahl ist deshalb erwähnenswert, weil einer Verdoppelung der DGB-Stimmen im Bereich Salzgitter nur eine Steigerung der DGB-Stimmen um 6% im Bundesgebiet gegenüber steht.

Die Jugendarbeit befindet sich bei Koll. Glöblich in guten Händen. Auch hier ist eine rege Aktivität und eine

wesentliche Aufwärtsbewegung festzustellen.

Außer den Vertrauenskörper- und Mitgliederversammlungen fanden in der Berichtszeit 279 Veranstaltungen statt, von denen die große Kundgebung in Gebhardshagen mit Otto Brenner besondere Beachtung fand. Zu dieser Kundgebung erschienen trotz schlechten Wetters 3000 Metalller. Wir berichteten darüber bereits in Nr. 3 der ARPO.

Aus dem Kassenbericht der Kollegin Dettenbach war zu entnehmen, daß in der Zeit vom 1. 1. 1957 bis 31. 12. 1958 in der Verwaltungsstelle Salzgitter DM 294 267.60 an Unterstützungen aller Art zur Auszahlung gekommen sind.

Außer organisatorischen Fragen behandelte Koll. Busch in seinem Geschäftsbericht noch die Vorkommnisse bei der FAMAS und der SMG, worauf wir an anderer Stelle näher eingehen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß dieses Thema von den Diskussionsrednern, insbesondere von Koll. Peukert, aufgegriffen wurde und das Verhalten der Betriebsräte der FAMAS und der SMG einer scharfen Kritik unterzogen wurde.

Nach Abschluß der lebhaften Aussprache wurde der gesamten Ortsverwaltung für ihre Tätigkeit einstimmig Entlastung erteilt. Damit, so sollte man meinen, war der alten Ortsverwaltung das Vertrauen für ihre erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen worden. Aber nach Auffassung der SPD-Betriebsgruppe, die in dieser Versammlung fraktionell auftrat, sollte eine Wachablösung stattfinden. Die Stoßrichtung ihrer Angriffe galt dem 2. Bevollmächt-

Zweijahresbilanz Salzgitter-Metall 1957/1958

	ZUNAHME
MITGLIEDSCHAFT: Von 12 632 auf 15 517 =	23%
Organisationsgrad: Von 80 auf 85% =	6 1/4%
Durchschnittsbeitrag: Von DM 1.53 auf DM 1.96 =	28%
ANGESTELLTENANTEIL: Von 12,1 auf 15,1% =	25%

**WAR DAS DER SPD-BETRIEBS-
GRUPPE EIN DORN IM AUGE?**

tigten, dem Koll. Söchtig. Das ergab sich gleich bei der Abstimmung über das Ortsstatut.

Hier wurde beantragt, den § 5 so zu ändern, daß der 2. Bevollmächtigte hauptamtlich tätig, das heißt bezahlter Angestellter, werden sollte. Als Begründung wurde angegeben, die Größe der Ortsverwaltung erfordere das. Diese Sorge ist pure Heuchelei. Die Antragsteller haben sich bisher herzlich wenig darum gekümmert, wie und ob das Personal der Ortsverwaltung die Aufgaben bewältigt. Der wahre Grund ist, daß Koll. Söchtig zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Salzgitter und zugleich Betriebsratsvorsitzender der Hütte ist.

In beiden Positionen ist er der SPD-Betriebsgruppe ein Dorn im Auge, obwohl sie weder an seiner Betriebsrats-tätigkeit, noch an seiner Tätigkeit als 2. Bevollmächtigter ernsthaft Kritik üben kann. Würde dem Antrag der SPD-Betriebsgruppe zugestimmt, dann, so spekulierte sie, haben wir den Söchtig wenigstens aus einer Position verdrängt. Die Delegierten waren aber anderer Meinung und lehnten den Antrag der SPD-Betriebsgruppe ab. Sie nahmen mit 173 gegen 86 Stimmen das Ortsstatut in der von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Fassung an.

Nach dieser Abstimmung erhob die SPD-Betriebsgruppe ein bekanntes Klagegeld. Einige SPD-Kollegen zweifelten das Abstimmungsergebnis an und verlangten eine geheime Abstimmung. Erst als der anwesende Bezirksleiter, Koll. Grebenstein, feststellte, daß die Ablehner des Ortsstatutes in der Minderheit seien und die Versammlungsleitung des Koll. Söchtig einwandfrei sei, beruhigten sich die Gemüter. Daß die Verdächtigung der SPD-Betriebsgruppe bezüglich der Abstimmung unberechtigt war, erwies dann die geheime Abstimmung über den 2. Bevollmächtigten und die Ortsverwaltungsmitglieder.

Bevor die Abstimmung begann, entwickelte sich eine außergewöhnlich scharfe Diskussion über die Kandidaten. Besonders erregt wurde von den Diskussionsrednern angeprangert, daß man Koll. Söchtig, dessen unermüdete Tätigkeit für die Organisation von Freund und Feind anerkannt wird, den Koll. Willi Schmidt, als Gegenkandidaten vorschlug, der seit Jahren keinerlei Tätigkeit für die Organisation nachweisen kann und nicht einmal den satzungsgemäßen Beitrag entrichtet. Obwohl noch einige Kollegen sich in die Rednerliste eintragen ließen, wurde wegen der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, daß viele Kollegen noch zur Nachtschicht mußten, der Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Anschließend erfolgte die geheime Abstimmung.

Während der Stimmenauszählung wurden die Delegierten zur Bezirkskonferenz vorgeschlagen. Seitens der Ortsverwaltung wurden die Kollegen Söchtig, Hein Wegener und Gerhard Werner in Vorschlag gebracht. Der anwesende Bezirksleiter, Koll. Grebenstein, fühlte sich verpflichtet, „einen Vermittlungsvorschlag“ zu machen. Der Koll. Söchtig könne auch ohne Mandat stimmberechtigt an der Konferenz teilnehmen, desgleichen der Koll. Busch. Dafür solle man einen Kollegen der SPD-Betriebsgruppe zur Konferenz delegieren. Er schlug dann den Koll. Kögel vor. Dieser Vorschlag wurde von Koll. Söchtig mit der Begründung abgelehnt, daß noch Differenzen vorhanden seien, die erst geklärt werden müßten. Man einigte sich dann auf den Koll. Röscheisen und nahm den Vorschlag per Akklamation an.

Der Kompromißvorschlag des Bezirksleiters wirkte auf einen großen Teil der Delegierten recht eigenartig. Er mutete den Delegierten zu, einen Kollegen zu delegieren, der mitverantwortlich ist für Flugblätter, die von der SPD-Betriebsgruppe zur Betriebsratswahl in der Hütte herausgegeben wurden und die genau im Gegensatz zu den Beschlüssen der Ortsverwaltung, der Funktionärsversammlung der Lohnempfänger und der Zahlstelle Hütte standen. Als ebenso merkwürdig wurde es empfunden, daß Koll. Grebenstein in seiner Eigenschaft als Bezirksleiter zwar Vermittlungsvorschläge macht, aber für die Tätigkeit der Ortsverwaltung weder ein Wort der Kritik, noch der Anerkennung fand. Oder sollte das vielleicht daran liegen, daß nicht alle Ortsverwaltungsmitglieder das nach seiner Meinung richtige Parteibuch in der Tasche haben?

Gegen 22 Uhr gab Koll. Werner das Wahlergebnis bekannt. Danach wurden in die Ortsverwaltung folgende Kollegen gewählt:

1. Bevollmächtigter: Koll. Busch mit
171 Stimmen (Kein Gegenkandidat)
76 Stimmenthaltungen
22 ungültig

2. Bevollmächtigter: Koll. Söchtig

168 Stimmen
20 Stimmenthaltungen
5 ungültig

Koll. Willi Schmidt als Gegenkandidat erhielt 76 Stimmen und wurde nicht gewählt.

Kassierer: Kollegin Dettenbach

257 Stimmen (Kein Gegenkandidat)

- Beisitzer:
- | | |
|-------------------------|-------------|
| 1. Globig, Helmut | 183 Stimmen |
| 2. Kienhorn, Walter | 174 Stimmen |
| 3. Sewald, Erich | 170 Stimmen |
| 4. Himstedt, Gustav | 162 Stimmen |
| 5. Wegener, Hein | 159 Stimmen |
| 6. Werner, Gerhard | 156 Stimmen |
| 7. Döhling, Hildegard | 152 Stimmen |
| 8. Worm, Max | 151 Stimmen |
| 9. Wagner, Klaus | 150 Stimmen |
| 10. Lübke, Fritz | 144 Stimmen |
| 11. Peukert, Erich | 143 Stimmen |
| 12. Weber, Wilhelm | 137 Stimmen |
| 13. Eiflein, Paul | 133 Stimmen |
| 14. Eickbusch, Heinrich | 121 Stimmen |
| 15. Stein, Paul | 120 Stimmen |
| 16. Bock, Helmut | 98 Stimmen |

Dieses Stimmenergebnis ist eine klare Absage an die Quertreibereien der SPD-Betriebsgruppe. Mit Ausnahme von Koll. Bock wählten die Delegierten alle Kollegen, die ihnen die erweiterte Ortsverwaltung empfohlen hatte. Damit hat die Vertreterversammlung wieder solche Kollegen gewählt, die sich in der Vergangenheit bewährt haben und auch für die kommenden zwei Jahre die Gewähr bieten, die bevorstehenden Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit den Funktionären zu lösen.

Diese Vertreterversammlung war die stürmischste der letzten Jahre. Sieben Stunden von 15 bis 22 Uhr wurde über viele Probleme gründlich diskutiert. Das Für und Wider konnte vorgetragen werden. Nun gilt es in die praktische Arbeit einzusteigen, damit die Ortsverwaltung Salzgitter innerhalb der IG Metall im Bundesgebiet auch weiterhin den guten Ruf behält, den sie jetzt hat.

Maßregelungen bei der FAMAS und SMG

Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Koll. Brenner, erklärte in der großen Kundgebung in Gebhardshagen: „Die Reaktion marschiert“. Er behandelte die Machtkonzentration bei Mannesmann, die Selbstbeteiligung im Krankheitsfall und wies besonders auf das Kasseler Urteil hin. Die Reaktion ist auch im Salzgitter-Gebiet zu spüren. Das zeigen die Vorfälle in der FAMAS und in der SMG.

Was ist geschehen? Die Unternehmensleitung der Firma Linke, Hoffmann, Busch (FAMAS) hatte beim Arbeitsgericht den Antrag gestellt, das Betriebsratsmitglied Lübke auf Grund des § 23 des Betriebsverfassungsgesetzes aus dem Betriebsrat auszuschließen, weil er angeblich Geschäftsgeheimnisse an Dritte weitergegeben haben soll. Darin sah die Firma eine grobe Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten. Das Weiterleiten der Geschäftsgeheimnisse bestand darin, daß der Koll. Lübke auf Anweisung der Ortsverwaltung ihr die Stundenverdienste einiger Funktionäre übermittelte.

Bei der Aufstellung von Vertretern für die Betriebskrankenkasse wurden vom FAMAS-Betriebsrat Kollegen in Vorschlag gebracht, die keinen satzungsgemäßen Beitrag zahlten. Die Ortsverwaltung kam zu der Auffassung: Entweder die Kollegen zahlen keinen satzungsgemäßen Beitrag oder die Firma zahlt keine Tariflöhne. Dadurch wurde die Überprüfung der Lohngruppen notwendig. Bei dieser Prüfung wurde festgestellt, daß die Firma wohl die Tariflöhne zahlt, aber der betreffende Funktionär nicht den satzungsgemäßen Beitrag. Deshalb konnte er als Vertreter für die Betriebskrankenkasse von der Ortsverwaltung nicht nominiert werden.

Dieser Kollege, der damals noch Betriebsratsmitglied war, beschwerte sich bei der Direktion und bat um Schutz gegen Koll. Lübke. Die Direktion verlangte vom Betriebsrat eine Stellungnahme. Dieser lehnte mit Mehrheit das Verhalten von Koll. Lübke ab! Damit war der Firma der Weg zu ihrem Antrag freigegeben. Die Haltung der Mehrheit des Betriebsrates ist eine Unterstützung der Unternehmensleitung gegen Koll. Lübke.

Das Arbeitsgericht hat in der 1. und in der 2. Instanz dem Antrag der Direktion stattgegeben, und Koll. Lübke schied aus dem Betriebsrat aus. Zur Zeit hat die IG Metall gegen das Beschlußverfahren Einspruch erhoben und diese Angelegenheit an das Bundesarbeitsgericht weitergeleitet, das in letzter Instanz entscheidet.

In der SMG wurde 6 Kollegen fristlos und 8 Kollegen fristgerecht gekündigt, darunter drei Betriebsratsmitgliedern fristlos. Auf die einzelnen Vorgänge werden wir später zurückkommen, zur Zeit läuft eine Klage der entlassenen Kollegen beim Arbeitsgericht. Heute wollen wir nur die Stellung der IG Metall anführen. Koll. Busch ging in der Vertreterversammlung auf die Vorgänge in der SMG ein und erklärte im Auftrag der Ortsverwaltung folgendes:

„Die IG Metall erklärt sich mit den fristlos entlassenen Betriebsräten und Mitgliedern, die bei der SMG beschäftigt waren, solidarisch. Es ist ein Unding, daß Arbeitgeber mit Methoden der vergangenen Zeit vorgehen. Sie fordern den schärfsten Widerstand unserer Organisation heraus.“

Nachtrag: Von den 8 fristgemäßen Kündigungen wurden 6 zurückgenommen.

Gegen die Spalter - für eine geeinte Belegschaft!

Die diesjährige Betriebsratswahl unterscheidet sich von den bisherigen dadurch, daß sie sich unter ständigem Beschuß der SPD-Betriebsgruppe vollzog. Schon Wochen vorher gab sie ein Informationsblatt heraus, das sich das „Argument“ nannte.

Das erste „Argument“ wies nur auf eine „extreme“ Gruppe hin, die verdrängt werden müsse. In den nächsten Ausgaben wurde man schon etwas deutlicher und sprach von der Gruppe Arbeiterpolitik. In den letzten Flugblättern wurden dann die Kollegen der „Arbeiterpolitik“ der Belegschaft als Ulbricht-Kommunisten denunziert in der stillen Hoffnung, die Kollegen mit Hilfe des Kommunistenschrecks davon abzuhalten, die von der Zahlstelle der IG Metall vorgeschlagenen Kollegen zu wählen.

Die SPD-Betriebsgruppe hat es sich etwas kosten lassen, die Beschlüsse der IG Metall zu brechen. Nicht nur Flugblätter wurden an alle Haushaltungen per Wurfsendung verbreitet, darüber hinaus hat sie Herbert Wehner kommen lassen, der in einer von der SPD-Betriebsgruppe einberufenen Versammlung gesprochen hat. Allerdings nur vor geladenen Teilnehmern. Die Gruppe „Arbeiterpolitik“ hat in keiner Weise, weder durch Flugblätter, noch durch Versammlungen versucht, auf die Betriebsratswahlen einzuwirken.

Die Betriebsratswahl wurde durch die IG Metall durchgeführt. Die Ortsverwaltung sowie die Zahlstelle Hütte hatten beschlossen:

1. wie bisher eine gemeinsame Wahl von Lohnempfängern und Angestellten durchzuführen.
2. Den Kollegen zu empfehlen, wie 1957, die Kollegen von 1 bis 30 zu wählen, um dem Betriebsrat gewerkschaftliche Stärke zu verleihen und zu gewährleisten, daß jede Abteilung berücksichtigt wird und auch kleinere Betriebsabteilungen einen Kollegen in der Betriebsvertretung haben.

Diese Empfehlung wurde von der Funktionärskonferenz der Lohnempfänger gegen 8 Stimmen, bei 12 Stimmenthaltungen angenommen. Es waren rund 400 Funktionäre anwesend. Im selben Sinne wurde von der Ortsverwaltung ein Flugblatt herausgegeben. Trotzdem plädierte die SPD-Betriebsgruppe für getrennte Wahlen und forderte die Lohnempfänger auf, nicht, wie die IG Metall empfahl, die Kandidaten 1 bis 30 zu wählen, sondern die von der SPD in ihrem Flugblatt angeführten Kandidaten, oder wie sich ausdrückten, „aufrichtige Demokraten“ zu wählen. Diese „aufrichtigen Demokraten“ hatten 23 Kandidaten vorgeschlagen. Wenn die Kollegen diese Empfehlung befolgt hätten, wären sogar große Betriebsteile ohne örtlichen Betriebsrat geblieben, von den kleinen Abteilungen ganz zu schweigen.

So war in der Hauptwerkstatt mit über 700 Belegschaftsmitgliedern kein „aufrichtiger Demokrat“ aufzutreiben und im Maschinenbetrieb mit 1600 Kollegen hatte man nur einen gefunden, der aber von dieser Ehre gar nicht erbaut war und dies durch seine Unterschrift unter ein Gegenflugblatt der Zahlstelle Hütte klar zum Ausdruck brachte. Dafür hatte man dem Stahlwerk sechs und dem Kraftwerk fünf zugedacht. Wirklich prächtige Demokraten!

Es muß also festgestellt werden, daß die SPD-Betriebsgruppe sich mit ihren Flugblättern in **direkten Gegensatz** zu den Beschlüssen der IG Metall-Funktionäre der Hütte, der Zahlstelle Hütte und der Ortsverwaltung gestellt hat. Eine Untersuchung dieser Mächenschaften durch den Hauptvorstand sollte beantragt werden.

Der Koll. Strothmann vom Hauptvorstand hat in einer Funktionärskonferenz am 4. März 1959 im **Walzwerk II** die Quertreibereien der SPD-Betriebsgruppe scharf verurteilt und sich voll und ganz hinter die Ortsverwaltung und die Zahlstelle Hütte gestellt. Er bedauerte ausdrücklich, daß es zu getrennten Wahlen gekommen ist. Das entspräche nicht den Richtlinien der IG Metall.

Diesen unsachlichen Angriffen hat die Hütten-Belegschaft wie folgt geantwortet:

Nachdem zum erstenmal in der Hütte zwischen Lohnempfängern und Angestellten getrennt gewählt wurde

(Die Lohnempfänger hatten sich mit 75% für gemeinsame Wahl ausgesprochen, die Angestellten mit 53% knapp für getrennte Wahl), wurden folgende Kollegen in den **Betriebsrat gewählt**:

Lohnempfängervertreter:		
1. Söchtig	3569	Stimmen
2. Sewald	3557	Stimmen
3. Eickbusch	3048	Stimmen
4. Werner	2679	Stimmen
5. Wegener	2653	Stimmen
6. Deutsch	2524	Stimmen
7. Gaszak	2368	Stimmen
8. Niklas	2283	Stimmen
9. Mattauch	2235	Stimmen
10. Nowak	2235	Stimmen
11. Robert	2213	Stimmen
12. Heydamek	2211	Stimmen
13. Franz	2190	Stimmen
14. Pinkert	2182	Stimmen
15. Peukert	2177	Stimmen
16. Wolf	2151	Stimmen
17. Döhling	1945	Stimmen
18. Gützmann	1941	Stimmen
19. Foelz	1922	Stimmen
20. Weid	1909	Stimmen
21. Schmidt	1839	Stimmen
22. Donay	1733	Stimmen
23. Nesselhut	1706	Stimmen
24. Eiflein	1694	Stimmen
25. Köhler	1628	Stimmen
26. Henk	1619	Stimmen
27. Kemper	1518	Stimmen
28. Schubert	1406	Stimmen
29. Büschenfeld	1322	Stimmen
30. Lohmann	1321	Stimmen

Angestelltenvertreter:		
1. Krebs	716	Stimmen
2. Röscheisen	689	Stimmen
3. Kienhorn	578	Stimmen
4. Flügge	577	Stimmen
5. Grosser	495	Stimmen

Die Lohnempfänger haben die Empfehlungen der IG Metall befolgt und von 1 bis 30 gewählt, so daß alle Betriebsabteilungen den von ihnen vorgeschlagenen Kollegen als Betriebsrat haben. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgte durch die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe und wurde in Belegschaftsversammlungen bestätigt. Von der IG Metall wurde empfohlen, die alten Betriebsräte wieder in Vorschlag zu bringen, sofern nichts Schwerwiegendes gegen sie vorliege. Wo dies der Fall war, wurde eine Vorwahl durchgeführt. Dies geschah am Hochofen und im Walzwerk I. Die Kollegen mit der höchsten Stimmenzahl waren die ersten 30 aufgeführten Kandidaten.

Bei den Angestellten wurde nicht empfohlen, wie bei den Lohnempfängern von 1 bis 5 zu wählen. Trotzdem die Angestellten nur zwei Kollegen gewählt haben, die von der Zahlstelle vorgeschlagen wurden, hat sich an der Zusammensetzung des Betriebsrates praktisch nichts geändert. Vor allen Dingen **bezüglich der Veränderung der Mehrheitsverhältnisse, die laut ihren Flugblättern die SPD-Betriebsgruppe anstrebte, ist sie keinen Flohsprung weiter gekommen.**

Nach der konstituierenden Betriebsratsitzung vom 20. März 1959 setzt sich **der Geschäftsführende Ausschuß** wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender:	Erich Söchtig
2. Vorsitzender:	Walter Kienhorn
Beisitzer:	Gerhard Werner
	Erich Sewald
	Heinrich Eickbusch
	Hans Donay

An der Wahl haben sowohl von den Lohnempfängern wie von den Angestellten 88% von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Erfreulicherweise hat die Wahl gezeigt, daß die Kollegen der Hütte, und die Funktionäre ein starkes gewerkschaftliches Bewußtsein haben. Sie lassen sich von den Quertreibereien eines gewissen Parteiklingels nicht irre machen und wählen solche Kollegen in den Betriebsrat, zu denen sie das größte Vertrauen haben, unabhängig davon, welches Parteibuch diese Kollegen in der Tasche tragen.

Der SPD-Betriebsgruppe ins Stammbuch

An anderer Stelle berichteten wir bereits, daß die SPD-Betriebsgruppe bei der Betriebsratswahl in der Hütte sowie bei den Wahlen zur Ortsverwaltung bestrebt war, die Kollegen zu beseitigen, die politisch der Gruppe „Arbeiterpolitik“ angehören. Sie hat dieses Ziel zwar nicht erreicht, trotzdem ist ihre Zielsetzung ihr gutes Recht und ihre eigene Angelegenheit.

Nur muß man bei der Bekämpfung politisch anders Denkender bei der Wahrheit bleiben, wenn es auch schwer fällt. Die Art und Weise des Vorgehens der SPD-Betriebsgruppe ließ jedoch erkennen, daß sie in der Illusion schwebte: diesmal schaffen wir es! Sie handelten nach dem feilen Grundsatz: Uns ist jedes, aber auch jedes Mittel recht! Damit konnten sie die „Arbeiterpolitik“ gar nicht treffen, wohl aber den gesamten Betriebsrat und die Zahlstellenleitung gegen sich aufbringen. Selbst ihre eigenen Parteigenossen, die nicht auf der Parteilinie marschierten, unterzeichneten die Gegenflugblätter. Ueberhaupt konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß ein großer Teil der SPD-Kollegen sich entristet von diesen Machenschaften distanziert hat.

Nun aber zu den „Argumenten“, die sie gegen die Gruppe „Arbeiterpolitik“ ins Feld führte. In der Hauptsache war man bemüht, uns als Kommunisten abzustempeln und verwies dabei stets auf die Ostzone, so daß die Kollegen den Eindruck bekommen sollten, es handle sich um sogenannte Ulbricht-Kommunisten. Diese Verleumdung ist schon so oft widerlegt worden, daß wir es uns eigentlich schenken könnten, darauf zu antworten. Trotzdem wollen wir feststellen, daß den Organisatoren der SPD-Betriebsgruppe wenigstens bekannt ist:

1. daß Koll. S ü c h t i g von der KPD, als sie noch bestand, und vom Ostzonen sender als Agent der westlichen Imperialisten angegriffen und infam beschimpft worden ist.

2. daß Kollegen der Gruppe „Arbeiterpolitik“ nachweislich die Ostzone verlassen mußten, da sie offen gegen die Ulbricht-Politik aufgetreten sind. Z. B. war einer am Aufstand des 17. Juni 1953 beteiligt, ein anderer hat acht Jahre in Bautzen zugebracht. Es gehört ein trauriger Mut dazu, solche Kollegen, die für ihre Ueberzeugung diese Opfer gebracht haben, als Freunde des Ulbricht-Systems zu verleumdern.

In ihrer Betriebszeitung „Das Argument“ wird der Versuch gemacht, politische Argumente gegen uns vorzubringen. Darin ist uns u. a. folgender Satz aufgefallen: „Wir wenden uns gegen die eindeutigen Absichten, nach dem Muster der Roten Gewerkschaftsopposition vor 1933 ein Rätssystem einzuführen.“ (Nebenbei, liebe Kollegen von der SPD, hieß das nicht rote, sondern revolutionäre Gewerkschaftsopposition, abgekürzt RGO.)

Hierzu müssen wir feststellen, daß jene Kollegen der Gruppe „Arbeiterpolitik“, die vor 1933 politisch tätig waren, schon im Jahre 1929 aus der KPD ausgeschlossen wurden, weil sie es ablehnten, die wahnsinnige RGO-Politik mitzumachen, weil sie die Spaltung der Gewerkschaften ablehnten. Wenn dies den Organisatoren der SPD-Betriebsgruppe nicht glaubhaft erscheinen sollte, dann bitten wir sie, sich bei ihrem Genossen, Herbert Wehner, darüber zu erkundigen. Der kann es Ihnen sagen. Herbert Wehner war damals allerdings Befürworter der RGO-Politik und führendes Mitglied der KPD und hat feste Beifall geklatscht, als diejenigen, die sich entschlossen der Gewerkschaftsspalterei widersetzen, aus seiner Partei ausgeschlossen wurden. Wir waren schon sehr lange Ulbrichts Gegner, als Herbert Wehner noch sein Freund war.

Aber uns geht es nicht um Wehner, der heute bevorzugte Zielscheibe der bürgerlichen Angriffe ist. Wir bedauern vielmehr, daß er sich in einer Sache mißbrauchen läßt, die er aus eigener Kenntnis und Anschauung kaum kennt, nämlich die Betriebsratswahl der Hütte und die IG Metall Salzgitter.

Die Gruppe „Arbeiterpolitik“ nimmt sich heraus, zu den Problemen unserer Arbeiterbewegung und zur weltpolitischen Entwicklung eine Meinung zu vertreten, die weder des Parteisiegels der SPD noch jenes der SED bedarf. Wir haben von niemanden verlangt, unsere Meinung kritiklos zu schlucken. Jeder kann mit uns diskutieren. Er

hat in unseren Ausspracheabenden Gelegenheit dazu. Natürlich ist uns jeder Sozialdemokrat willkommen.

Die Methode der Verleumdung und der Brunnenvergiftung jedoch, zu der die SPD-Betriebsgruppe Zuflucht genommen hat, fällt auf ihre Urheber zurück, wie die Wahlen in der Hütte und in der Ortsverwaltung der IG Metall bewiesen haben. Vor unseren Kollegen sind in den letzten 13 Jahren nicht wenige Personen des öffentlichen Lebens aufgekreuzt. Sie haben viel versprochen. Die Arbeiter des Salzgittergebietes haben seit den Sturmtagen, in denen sie in persönlichem Einsatz die Grundlage ihrer bedrohten Existenz retteten, allerlei gehört und gesehen. Sie verstehen, Worte von Taten zu unterscheiden. Und besser noch als in allen anderen Lebensbereichen wissen sie, wie die aus ihren Reihen hervorgegangenen Funktionäre ihre Aufgaben erfüllen.

Die unflätigen Angriffe der SPD-Betriebsgruppe können daran nichts ändern. Wem es um die Zukunft der Arbeiterbewegung geht, der wird in sachlicher Aussprache abklären, was richtig und was falsch ist. In diesem Sinne laden wir alle Kollegen und Funktionäre ein, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Unsere Ausspracheabende stehen jedermann offen. In unserer Zeitung „Arbeiterpolitik“ wird der Interessierte unsere Meinungen und Anschauungen dargelegt finden.

Die „Arbeiterpolitik“ kann bestellt werden bei jedem Postamt

beim Verlag per Streifband. Anschrift: Arbeiterpolitik, Stuttgart-Bad Cannstatt
bei Paul Eiflein, Salzgitter-Lebenstedt, Teichwiesenweg 20 zwecks Hauslieferung.

Die Betriebsratswahl in der FAMAS

Am 24. März fand bei der FAMAS die Betriebsratswahl 1959 statt. Es waren getrennt zu wählen: 14 Lohnempfänger und 3 Angestelltenvertreter. In beiden Gruppen wurde nur eine Liste der IG Metall eingereicht, so daß Personenwahl stattfand. Gewählt wurden:

Lohnempfängervertreter:	1. Marek, Heinz	1201 Stimmen
	2. Lübke, Fritz	717 Stimmen
	3. Bock, Helmut	653 Stimmen
	4. Lamia, Robert	514 Stimmen
	5. Preuß, Albert	487 Stimmen
	6. Dominik, Heinz	436 Stimmen
	7. Barres, Hermann	230 Stimmen
	8. Ogroske, Bruno	290 Stimmen
	9. Drews, Erich	284 Stimmen
	10. Stein, Paul	270 Stimmen
	11. Strell, Egon	268 Stimmen
	12. Klages, Friedel	238 Stimmen
	13. Künstler, Johann	211 Stimmen
	14. Abratis, Siegfried	210 Stimmen
Angestelltenvertreter:	1. Spengler	161 Stimmen
	2. Stenger	121 Stimmen
	3. Besser	108 Stimmen

„... Während in der gesamten Unfallversicherung im Jahre 1951 rund 5,8 Prozent der erstmalig entschädigten Unfälle auf Wegunfälle entfielen, hat sich ihr Anteil bis 1957 auf 15,3 Prozent erhöht, was eine Steigerung um 164 Prozent bedeutet. Im Bereiche der gewerblichen Unfallversicherung liegt der Anteil noch höher. Hier ist eine Steigerung von 8,9 Prozent auf 20 Prozent eingetreten, so daß hier also ein Fünftel aller entschädigten Unfälle auf Wegunfälle entfällt. Insbesondere die tödlichen Unfälle sind zu einem hohen Prozentsatz auf dem Weg von und nach der Arbeitsstätte entstanden, und zwar ist ihr Anteil von 10,3 Prozent (1951) auf 24,1 Prozent (1957) gestiegen. Auch hier liegt der Anteil bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften erheblich über dem Durchschnitt sämtlicher Träger der Unfallversicherung. Die Steigerung gegenüber 1950 beträgt hier 30,6 Prozent. Dieser Stand der Dinge erhellt die große Bedeutung, die die Wegunfälle für die Unfallversicherung haben. Nach Ansicht der Arbeitgeberverbände kann es den Unternehmern, die ja allein die Mittel für die Unfallversicherung aufbringen, nicht zugemutet werden, diese mit der Ablösung der Unternehmerhaftpflicht in keinem Zusammenhang stehenden Aufwendungen allein zu tragen. Ein Ausgleich ist bisher dadurch erfolgt, daß eine Leistungsverpflichtung der Krankenversicherung, an deren Mittelaufbringung die Versicherten zur Hälfte beteiligt sind, bis zum 45. Tage besteht...“ („Rhein-Neckar-Zeitung, 21. März 1959.)